

Presseinformation vom 27. April 2023

Bildungspläne der Berliner Regierungskoalition: Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland wertet Ankündigungen im Koalitionsvertrag zur Stärkung der Wirtschaftsbildung und der Studien- und Berufsorientierung als wichtiges Signal, doch noch vieles ist zu tun – besonders bei der Lehrkräftebildung!

Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB) sieht in der im Koalitionsvertrag der Berliner Regierungsparteien CDU und SPD vorgesehenen Stärkung der Wirtschaftsbildung und der Studien- und Berufsorientierung eine erfreuliche Entwicklung – sofern diese tatsächlich umgesetzt wird und es sich nicht um bloße Absichtsbekundungen handelt.

Die verpflichtende Einführung des Unterrichtsfachs "Wirtschaft-Arbeit-Technik" (WAT) an Gymnasien, integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen, die curriculare Verankerung der Berufsorientierung in allen Schulformen ab Klasse 5 und verpflichtende Berufspraktika in den Klassen 9 und 10 ebenfalls in allen Schulformen mache Hoffnung auf eine Stärkung umfassender ökonomischer Allgemeinbildung. "Die Absichtserklärung, das Fach Wirtschaft-Arbeit-Technik verpflichtend in der Klassenstufe 9 der Gymnasien sowie in den Klassen 9 und 10 der integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen einzuführen, ist ein wichtiger Schritt hin zu einer besseren ökonomischen Bildung in Berlin. Eine solide ökonomische Bildung ist für Schülerinnen und Schüler unerlässlich, um in der heutigen Arbeitswelt erfolgreich zu sein und Herausforderungen zu bewältigen. Sie unterstützt die jungen Menschen maßgeblich in ihrer Entwicklung zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Es geht darum, Kompetenzen zu vermitteln, die junge Menschen zu klugen, verantwortungsbewussten und selbstbestimmten Entscheidungen befähigen", so die Co-Vorsitzende des BÖB Verena von Hugo.

OeBIX-Studie: Ökonomische Bildung ist in Berlin im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittlich institutionalisiert und belegt viertletzten Platz

Die vom Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg (IÖB) im Auftrag der Flossbach von Storch Stiftung erhobene OeBiX-Studie zum Stand der Ökonomischen Bildung an allgemeinbildenden weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I und II sowie an Hochschulen in Deutschland hat gezeigt: Im bundesweiten Vergleich ist Ökonomische Bildung in Berlin bisher unterdurchschnittlich institutionalisiert. Im Gesamtindex belegt Berlin lediglich den 13. Platz. Prof. Dr. Dirk Loerwald, Wissenschaftlicher Leiter der OeBiX-Studie, Wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des [IÖB](#) und BÖB-Vorstandsmitglied: „Die Studienergebnisse belegen klar und deutlich, dass es hinsichtlich Ökonomischer Bildung große Optimierungspotenziale an den Berliner Schulen gibt. Insofern ist die verpflichtende Einführung des Unterrichtsfachs ‚Wirtschaft-Arbeit-Technik‘ an den genannten Schulformen ein guter Anfang, um hier Defizite aufzuholen. Nicht unerwähnt bleiben darf allerdings auch, dass die Wirtschaftslehrkräfteausbildung an den Berliner Universitäten defizitär ist!

Im OeBIX-Teilindex Lehrkräftebildung erhält das Bundesland nur 20 Prozent und erreicht damit gerade einmal die Hälfte des Bundesdurchschnitts. Hier muss unbedingt nachgebessert werden!“.

Situation der gymnasialen Lehrkräftebildung an den Berliner Universitäten ist unzureichend!

BÖB-Vorstandsmitglied Jürgen Böhm ergänzt in diesem Zusammenhang: „Die Berliner Regierungsparteien geben im Koalitionsvertrag immerhin ein klares Bekenntnis zur Ökonomischen Bildung ab – so weit, so gut. Die Lage in der Lehrkräftebildung im Bundesland Berlin lässt allerdings weiter zu wünschen übrig und ist besonders verbesserungswürdig! So gibt es in der gymnasialen Lehrkräftebildung in Berlin überhaupt keine wirtschaftsdidaktische Professur – im Hinblick auf die nun angekündigte, verpflichtende Einführung des Unterrichtsfachs ‚Wirtschaft-Arbeit-Technik‘ an den Gymnasien ist es jedoch unerlässlich, dass die Lehrkräfte eine umfassende und fundierte ökonomische Ausbildung erhalten, um den Schülerinnen und Schülern die komplexen Inhalte kompetent vermitteln zu können. Es ist nun an der Zeit, dass neue wirtschaftsdidaktischen Lehrstühle mit entsprechenden Professuren an den Universitäten geschaffen werden. Die Lehrkräfteausbildung darf nicht weiter unter dem Hochschul-Radar bleiben!“.

Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland wertet es insgesamt positiv, dass die Berliner Regierungsparteien die Bedeutung der Ökonomischen Bildung erkannt haben. „Die im Koalitionsvertrag bekundeten Absichtserklärungen müssen nun schnellstmöglich in die Tat umgesetzt werden, um die Ökonomische Bildung in Berlin auf ein höheres Niveau zu bringen. Verstärkte Anstrengungen zur Optimierung der Lehrerbildung und die Berücksichtigung aller Facetten der Ökonomischen Bildung in der Lehrplangestaltung sind dringend erforderlich. Dabei stehen wir der neuen Berliner Koalitionsregierung gerne beratend zur Verfügung!“, so von Hugo, Loerwald und Böhm unisono.

Die Ergebnisse der OeBiX-Studie mit allen wichtigen Erhebungskategorien – detailliert für das Bundesland Berlin:

<https://www.flossbachvonstorch-stiftung.de/de/oebix-studie/berlin/>

Pressekontakt bei Rückfragen

Sylvia Hüls | Dr. David Wawrzinek

E-Mail: presse@boeb.net

Tel.: 0160 9956 3013 | 0176 2340 5861

Über das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB)

Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland ist eine von über 100 überwiegend institutionellen Mitgliedern getragene gemeinnützige Initiative aus Lehrkräften, Verbänden, Wissenschaft und Wirtschaft. Wir setzen uns für eine Verankerung Ökonomischer Bildung in allen weiterführenden Schulen in Deutschland ein – in angemessenem Umfang, fundiert vermittelt und verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler. Um dieses Ziel zu fördern, machen wir uns für eine bessere fachwissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Qualifizierung der Lehrkräfte stark und vernetzen die Akteure der Ökonomischen Bildung in Deutschland untereinander.